



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



14.04.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Gemeinsam gegen den Terrorismus in Europa

Der 22. März 2016 wird in Erinnerung bleiben als Tag, an dem der Terrorismus die „Hauptstadt Europas“, Brüssel, in ihren Grundfesten erschütterte. Wir müssen alles dafür tun, dass diese terroristischen Akte ein Ende haben.

Aus diesem Grund ist eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik dringend erforderlich. Dies kann jedoch nur gewährleistet werden, wenn alle EU-Mitgliedsstaaten an einem Strang ziehen.

Nationale Egoismen müssen endlich beiseitegeschoben werden, denn wenn wir ein Mehr an Sicherheit wollen, müssen wir die Zusammenarbeit verstärken.

Wir brauchen eine EU-Sicherheitsbehörde mit vollwertigen Ermittlungs- und Strafverfolgungskapazitäten und eine gemeinsame europäische Gefährderdatei. Außerdem muss Europol gestärkt werden.

Wir sind den Bürgern Europas gegenüber ver-

pflichtet Taten sprechen zu lassen, damit diese wieder beruhigt zur Arbeit gehen und ihre Kinder guten Gewissens in die Schule schicken können.

Fortschritte in der Asyl- und Flüchtlingspolitik

Das EU-Abkommen mit der Türkei vom 18. März 2016 zeigt erste Wirkung. Am 4. April 2016 wurden die ersten Flüchtlinge zurückgeführt, die versucht haben illegal von der Türkei nach Griechenland einzureisen. Im Gegenzug hat sich die Europäische Union verpflichtet Syrer auf legalem Wege nach Europa zu holen.

Während in den ersten beiden Monaten dieses Jahres nach Angaben der Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nationen, UNHCR, im Durchschnitt noch mehr als 1900 Menschen pro Tag die griechischen Inseln erreichten, waren es in der Zeit vom 20. März 2016 bis 10. April 2016 nur noch knapp 287 pro Tag.

Die ersten Registrierungszentren haben in Italien und Griechenland ihre Arbeit aufgenommen. Um zu verhindern, dass Schleuserbanden neuen

Aufwind erhalten, beobachtet der NATO-Marineverband unter deutscher Führung verstärkt deren Bewegungen in der Ägäis.

Im EU-Haushalt haben wir für eine Umschichtung von Geldern gestimmt: 100 Mio. Euro an Soforthilfen für Flüchtlinge innerhalb der EU sowie weitere 2 Mio. Euro für neues Personal im Europäischen Zentrum zur Terrorismusbekämpfung von Europol. Die Summe von 100 Mio. Euro für humanitäre Hilfe repräsentiert die erste Rate des neuen 700 Millionen Euro umfassenden Soforthilfeinstruments, welches die EU-Kommission vorgeschlagen hatte. Das Geld könnte zum Beispiel für Nahrungsmittelhilfe, medizinische Notfallversorgung, Unterkünfte, Wasser- und Sanitärversorgung sowie Hygiene-, Schutz- und Bildungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Die richtige Verwendung dieser Mittel muss gewährleistet sein, dies werde ich bei meiner Arbeit im Haushaltskontrollausschuss genau überwachen. Der EU-Flüchtlingskommissar ist zur Anhörung geladen.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



14.04.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Fluggastdaten werden zukünftig gespeichert

Die neue Richtlinie sieht vor, dass Fluggesellschaften den Behörden der Mitgliedstaaten bei Flügen in die EU bzw. aus der EU die Fluggastdaten, wie Name, Reisedaten oder Kreditkartennummer übermitteln. Diese sollen vor allem zur Verhütung, Aufklärung und strafrechtlicher Verfolgung von terroristischen Straftaten und schwerer Kriminalität behilflich sein. Nach sechs Monaten werden die Daten unkenntlich gemacht. Die Annahme der PNR-Richtlinie zeigt die Entschlossenheit des Parlaments im Kampf gegen den Terrorismus.

Erasmus plus: Neue Chancen für Studenten

Studenten und Lehrlinge in Europa können sich freuen: Das Erasmus+ Programm wird verbessert bzw. erweitert. Die Mobilität von Lehrlingen und Studenten in der beruflichen Aus- und Weiterbildung soll stärker gefördert werden. Regionale Behörden, Unternehmen und andere Organisationen sollen da-

für Partnerschaften entwickeln, damit fachgerechte Berufsbildungsprogramme im Ausland besser zum Tragen kommen. Außerdem soll die Anerkennung von Lernergebnissen, entweder durch Leistungspunkte oder Bescheinigungen, besser greifen.

Mehr EU-Lerninhalte an Schulen gefordert

44 Prozent der Europäer wissen nicht genau, wie die Europäische Union funktioniert. Das wollen wir ändern. Wir fordern, dass flächendeckend an Europas Schulen mehr Wissen über die EU gelehrt wird. Deshalb muss die EU verstärkt in Lehrmaterialien und in allen Bildungsformen präsent sein. Das kulturelle Bewusstsein sowie die aktive Bürgerbeteiligung können durch gezielte Lerninhalte schon früh gestärkt werden. Deshalb freue ich mich auch, dass die Schulen aus meinem Betreuungsgebiet ein so großes Interesse am Besuch im Parlament haben. Im Jahr 2015 waren über 1000 Schülerinnen und Schüler bei mir zu Gast in Brüssel und Straßburg.

Neue Mitglieder für den Rechnungshof

Das Plenum hat die Nominierung von vier Mitgliedern für den Europäischen Rechnungshof bestätigt: Samo Jereb (Slowenien), Mihalis Kozlovs (Lettland), Jan Gregor (der Tschechischen Republik) und Ladislav Balko (Slowakei). Der für Polen nominierte Kandidat dagegen wurde abgelehnt. Nachdem wir den Maltesischen Kandidaten bereits im Haushaltskontrollausschuss abgelehnt haben, hat dieser seine Nominierung zurückgezogen.

Besuch aus der Heimat

Diese Woche war der Gemeindeverband aus Remshalden mit 49 Personen zu Gast in Straßburg.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Ich freue mich, dass Philipp Schotzko aus Mögglingen, Student der B.A. Sozialwissenschaften in Augsburg während eines fünfmonatigen Praktikums unser Team verstärken wird.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle